

1743

29. Oktober 1980

## VERTRAULICH

Nukleare Exporte nach Pakistan

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement. Antrag vom  
21. Oktober 1980 (Beilage)  
Departement für auswärtige Angelegenheiten. Mitbericht vom  
23. Oktober 1980 (Zustimmung)  
Finanzdepartement. Mitbericht vom 28. Oktober 1980 (Zustimmung)  
Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 28. Oktober 1980  
(Beilage)  
Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement. Zusatzantrag vom  
27. Oktober 1980 (Beilage)

Gestützt auf den Antrag des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements und aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

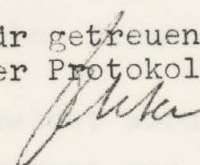
## b e s c h l o s s e n :

1. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten wird beauftragt, umgehend Gespräche mit Pakistan betreffend die Uebernahme von Kontrollverpflichtungen aufzunehmen.
2. Das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement wird beauftragt, unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Gespräche mit Pakistan, im Einvernehmen mit dem Departement für auswärtige Angelegenheiten und dem Volkswirtschaftsdepartement (BAWI) dem Bundesrat baldmöglichst einen Antrag über die Zustimmung zum Export des Materials vorzulegen.
3. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (BEW) und dem Volkswirtschaftsdepartement (BAWI) das Konzept der nuklearen Exportbewilligungspolitik und deren Vollzugsinstrumente zu prüfen und dem Bundesrat innert nützlicher Frist einen Bericht und eventuell einen Antrag zu unterbreiten.
4. Das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement wird beauftragt, für jene Exportartikel, für die der Bundesrat eine Blockierungsverfügung erlassen soll, einen neuen Antrag vorzulegen.

## Protokollauszug an:

- EVED	8 (GS, BEW) zum Vollzug
- EDA	6 zum Vollzug
- EJPD	3 zur Kenntnis
- EFD	9 (GS, EZV) zur Kenntnis
- EFD	8 (GS, BAWI) " "
- EFK	2 " "
- FinDel	2 " "

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer:



## EIDG. VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

21. Oktober 1980

AusgeteiltAn den BundesratVertraulich

Nicht an die Presse

Nukleare Exporte nach PakistanAusgangslage

Drei geplante Lieferungen von Nukleargütern schweizerischer Firmen nach Pakistan haben die betroffenen Bundesstellen veranlasst, sich erneut mit der Problematik solcher Exporte in dieses Land auseinanderzusetzen (der Bundesrat ist bereits im Mai und Oktober 1979 über die Problematik aus damaliger Sicht orientiert worden):

Am 24. September ist das Bundesamt für Energiewirtschaft (BEW) durch das Zollamt Zürich-Flughafen benachrichtigt worden, dass eine Sendung Ersatzteile für Vakuumventile aus Edelstahl mit Bestimmungsort Pakistan zur Zollabfertigung angelangt sei. Nach Rücksprache mit dem Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) ist das Zollamt vom BEW ersucht worden, die Sendung zurückzuhalten, bis das BAWI die in der Sitzung mit Staatssekretär Probst vom 16. September beschlossene Abklärung der amerikanischen Anschuldigungen durchgeführt habe (siehe Vorgeschichte; der Absender der Lieferung, CORA Engineering, Chur, ist eine der von amerikanischer Seite genannten Firmen).

Am 25. September ist auf die gleiche Art gemeldet worden, dass von derselben Firma eine Sendung von 7 Tonnen im Wert von Fr. 1,5 Mio. unter der Bezeichnung "Verdampfungs- und Kondensierungs-Anlage" mit Adresse Punjab Fertilizer, Rawalpindi, angekommen sei. Im Ein-

vernehmen mit dem BAWI und Staatssekretär Probst hat das BEW die Sendung durch eine Verfügung, zwecks Abklärung der Bewilligungspflicht, mit einem vorläufigen Ausfuhrverbot belegt. Ebenfalls am 25. September ist eine Sendung Wasserpumpen von der Firma VAT, Haag, an die Adresse "Director General Special Works Organization, Rawalpindi" vom BEW zurückgehalten worden.

Es ist anzunehmen, dass es sich bei den erwähnten Empfängern um Deckadressen der pakistanischen Atomenergiebehörde handelt. Inzwischen hat die Firma CORA beim BEW ein formelles Ausfuhrgesuch mit ausführlichen technischen Unterlagen eingereicht und ihm gleichzeitig Klage auf Schadenersatz im Umfang von Fr. 140'000.-- wegen der nun gegenstandslos gewordenen Umleitung eines Flugzeuges nach Kloten, die nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte, angedroht. (Nach Informationen des BEW handelte es sich jedoch um einen normalen Linienflug.) Sollte die Ausfuhrbewilligung nicht erteilt werden, so werde die CORA auf 1,6 Mio. Fr. Schadenersatz (Akkreditiv für die Ware) klagen.

In mehreren Telefongesprächen mit dem BEW hat die Firma auch ihren Standpunkt dargelegt, gemäss dem die Verdampfungs- und Kondensierungsanlage die kleinere Ausgabe einer sog. Ein- und Ausspeiseanlage für Uranhexafluorid sei, welche im Jahre 1978 von der Firma VAT mit Einwilligung des Eidg. Amtes für Energiewirtschaft nach Pakistan geliefert worden sei. Die Firma bestreitet nicht, dass die Anlage speziell für eine Anreicherungsanlage gebaut wurde, behauptet aber, letztere diene rein friedlichen Zwecken und sei die Vorstufe für eine künftige grosse kommerzielle Anlage, für die die CORA ebenfalls als Teillieferant in Frage kommen könnte.

### Vorgeschichte

Im August 1977 musste das Eidg. Amt für Energiewirtschaft für die Firma VAT abklären, ob der geplante Export einer Verdampfungs- und Sublimationsanlage nach Pakistan durch die neue "Verordnung über Begriffsbestimmungen und Bewilligungen im Gebiete der Atomenergie" tangiert werden könnte, die damals vorbereitet wurde. Mit Brief vom

18. August 1977 teilte das Amt für Energiewirtschaft der VAT mit, "die von der Schweiz bezüglich des Exports von nuklearen Ausrüstungen eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen stünden der geplanten Ausfuhr nicht entgegen", sofern absolute Gewähr bestehe, dass bestimmte Komponenten nicht enthalten seien (es folgte eine Aufzählung).

Der Export der Vakuumanlage erfolgte 1978. Als im Frühjahr 1979 verschiedene Regierungen, darunter diejenige der USA, beim EDA wegen dem inzwischen bekannt gewordenen Vorgehen Pakistans vorstellig wurden, stellte das BEW in einer Notiz vom 8. Mai 1979 an den Bundesrat fest, dass weder die Zangger-Listen, welche im Rahmen des Atomsperrvertrages ausgearbeitet worden waren, noch diejenigen des Londoner Klubs eine solche Anlage enthalten. Damals musste man annehmen, dass die Schweiz ein Glied in der Kette der Exporteure sei, und dass Pakistan kaum in den Besitz der zentralen, sensitiven Anlageteile (Zentrifugen) gelangen könne, ohne sich internationalen Kontrollen zu unterwerfen.

In einer Botschafter Probst durch die amerikanischen Behörden überreichten Notiz (20.8.1980) sind neuerdings verschiedene schweizerische Unternehmungen bezichtigt worden, durch Lieferung von Material und Ausrüstungen den Bau von nicht unter internationaler Kontrolle stehenden Atomanlagen in Pakistan zu fördern. Im weiteren erklärten die amerikanischen Gesprächspartner diesen Umstand dafür verantwortlich, dass die Behandlung schweizerischer Gesuche für den Retransfer von Kernbrennstoffen im Lichte der neuen amerikanischen Gesetzgebung (Non-Proliferation Act von 1978) erneut verzögert werden könnten.

### Beurteilung

Nach den Informationen des BEW sind die Pakistaner bei der Inbetriebnahme ihrer Anreicherungsanlage auf Schwierigkeiten gestossen. Offenbar wollen sie nun versuchen, die Probleme mit Hilfe einer zehnmal kleineren Anlage zu meistern, die aber immerhin so ausgelegt ist, dass pro Jahr genügend Material für eine Atombombe produziert werden könnte.

Die zurückgehaltenen Sendungen fallen nicht unter die Verordnung über Begriffsbestimmungen und Bewilligungen im Gebiete der Atomenergie. Gemäss Art. 6 Abs. 1 Bst. b dieser Verordnung sind nur jene Ausrüstungen bewilligungspflichtig, die im Anhang 2 unter Zolltarif-Nummern aufgeführt sind. Die fragliche Anlage ist dort nicht aufgeführt. Auch die als Interpretationshilfe des Atomsperrvertrages dienenden "Trigger Lists" sowie die Londoner Richtlinien nennen die Anlage nicht explizit; die dortigen Enumerationen sind aber nicht abschliessend und die Frage bleibt deshalb offen, ob die Anlage nicht doch als "Ausrüstung, die eigens für die Verarbeitung, Verwendung oder Herstellung von besonderem spaltbarem Material vorgesehen oder hergerichtet ist" (Atomsperrvertrag Art. III/2) aufzufassen ist. Die Schweiz hat jedoch wiederholt daran festgehalten, dass sie - wie die meisten Mitgliedstaaten des Zangger Komitees - mangels Kenntnis der Anreicherungstechnologie die Zangger-Liste als abschliessend betrachten müsse.

Nachdem nun aber Pakistan den sensiblen Teil der Isotopentrennung mit Hilfe der in der Anlage von Almelo, Holland, durch einen pakistanischen Ingenieur angeeigneten Kenntnisse offenbar selbst anfertigen kann, oder sich diesen von Drittstaaten ohne Kontrollauflagen beschafft hat, erhält der Verdampfungs- und Kondensationsteil eine erhöhte Bedeutung sowohl für das Funktionieren der pakistanischen Anlage als auch für die Auflage internationaler Kontrollen. Der Bundesrat muss demzufolge prüfen, was für eine Bedeutung der vorgesehene Export im Gesamtrahmen unserer völkerrechtlichen Verpflichtungen hat, beziehungsweise, welche zusätzlichen Gefahren er für ein Krisengebiet impliziert. Dies ist kurzfristig nicht möglich. Da aber feststeht, dass der Export nicht bewilligungspflichtig ist, muss die Verfügung des BEW durch eine bundesrätliche Verfügung abgelöst werden.

Der Bundesrat ist gemäss Art. 8 Abs. 2 Atomgesetz befugt, in Ausübung seiner Aufsicht "jederzeit alle Anordnungen zu treffen, die zum Schutz von Menschen, fremden Sachen und wichtigen Rechtsgütern oder zur Wahrung der äusseren Sicherheit der Schweiz und der von ihr übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen notwendig werden". Gemäss Art. 8 Abs. 1 sind Atomanlagen (und sinngemäss auch

deren Bestandteile) der Aufsicht des Bundes unterstellt. Zu den Atomanlagen gehören gemäss Art. 1 Abs. 2 Atomgesetz auch die Anreicherungsanlagen. Art. 8 Abs. 2 Atomgesetz ist als eine für den Bereich der Atomtechnik konkretisierte allgemeine Polizeiklausel aufzufassen, die bei schweren Gefährdungstatbeständen, die rechtsatzmässig nicht näher geregelt sind, angerufen werden kann.

#### Weiteres Vorgehen

Mit der Verfügung des Bundesrats wird die nötige Zeit für die Vorbereitung des endgültigen Entscheides betreffend die zurückgehaltenen Lieferungen der CORA und der VAT gewonnen. Einerseits bedarf es nämlich noch weiterer technischer Abklärungen, andererseits haben sich die zuständigen Amtsstellen darüber schlüssig zu werden, ob Kontakte mit den pakistanischen Behörden über Verwendung und Kontrolle der Anlage einen zweckmässigen und nützlichen Beitrag zur Lösung des Problems leisten könnten.

Schliesslich ist jedoch unsere bisherige Politik im Bereich der nuklearen Exporte ebenfalls einer grundsätzlichen Ueberprüfung zu unterziehen, da man nach Möglichkeit zu häufige "Feuerwehraktionen" wie in diesem Einzelfall vermeiden sollte. Diese generelle Ueberprüfung hätte innert nützlicher Frist durch das in Nonproliferationsfragen federführende Departement für auswärtige Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem Volkswirtschaftsdepartement (BAWI) und dem Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (BEW) zu geschehen, wobei alle innerstaatlichen und internationalen rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Aspekte zu berücksichtigen wären. Aufgrund des EDA-Berichtes wären anschliessend die allenfalls nötigen Gesetzes- und Verordnungs-Revisionen an die Hand zu nehmen.

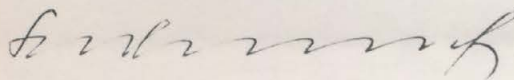
Das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement beehrt sich, dem Bundesrat auf Grund der obigen Darlegungen zu

#### b e a n t r a g e n :

1. Der beiliegende Entwurf zu einer Verfügung des Bundesrates wird genehmigt.

- EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
2. Das EDA wird beauftragt, umgehend Gespräche mit Pakistan betreffend die Uebernahme von Kontrollverpflichtungen aufzunehmen.
  3. Das EVED wird beauftragt, unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Gespräche mit Pakistan, im Einvernehmen mit dem EDA und EVD (BAWI) dem Bundesrat baldmöglichst einen Antrag über die Zustimmung zum Export des Materials vorzulegen.
  4. Das EDA wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem EVED (BEW) und dem EVD (BAWI) das Konzept der nuklearen Exportbewilligungspolitik und deren Vollzugsinstrumente zu prüfen und dem Bundesrat innert nützlicher Frist einen Bericht und eventuell einen Antrag zu unterbreiten.

EIDG. VERKEHRS- UND ENERGIE-  
 WIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



(Schlumpf)

1 Beilage

Zum Vollzug: - Bundeskanzlei  
 - EDA  
 - EFZD (Eidg. Zollverwaltung)  
 - EVED (BEW)



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

M. 1807 chS/kp

Bern, 28. Oktober 1980

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

Nukleare Exporte nach Pakistan

M i t b e r i c h t

zum Antrag des EVED vom 21.10.1980 über nukleare Exporte nach Pakistan, sowie zu den Anträgen des EDA vom 15.10.1980 über die Beantwortung der Zusatzfragen Günter und Gerwig und vom 22.10.1980 über die Beantwortung der Einfachen Anfrage Gerwig in Sachen Nuklearexporte

1. Zum Antrag EVED über nukleare Exporte nach Pakistan stellen wir fest, dass gemäss Antragsdispositiv Ziff. 2 das EDA beauftragt wird, "umgehend Gespräche mit Pakistan" aufzunehmen, während auf S. 5 gesagt wird, dass die zuständigen Stellen sich über die Opportunität solcher Kontakte noch schlüssig werden müssten. Wenn der Bundesrat über die Aufnahme von Verhandlungen entscheiden soll, so muss er auch über die Verhandlungsziele (Umfang der Kontrollpflichten) und die möglichen Folgen solcher Verhandlungen unterrichtet werden.
2. Die Antwort des Bundesrates auf die Zusatzfrage Gerwig sollte mit Blick auf den Antrag des EVED über die geplanten Exporte der CORA nach Pakistan wie folgt ergänzt werden:

"Die von den schweizerischen Firmen bisher getätigten Lieferungen .....

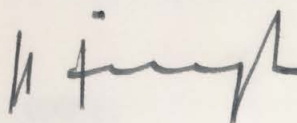


3. Zur Antwort auf die Einfache Anfrage Gerwig beantragen wir die folgenden Aenderungen:

- a) Der letzte Satz zu Frage 2 sei zu streichen. Man kann nicht öffentlich bekanntgeben, es gebe keinen "ursächlichen Zusammenhang", wenn gleichzeitig im Antrag des EVED (S. 3) festgehalten wird, die US-Behörden machten die Lieferungen schweizerischer Firmen nach Pakistan für die Verzögerung der Gesuche um den Retransfer von Kernbrennstoffen verantwortlich.
- b) Die Frage 3 wird nicht beantwortet. Wir beantragen deshalb die folgende Ergänzung:

"Der Bundesrat kann gestützt auf Art. 4 Abs. 2 des Atomgesetzes Nuklearexporte bewilligungspflichtig erklären und die Bewilligung gestützt auf Art. 5 Abs. 1 verweigern, wenn dies notwendig ist zur Wahrung der äusseren Sicherheit der Schweiz, zur Einhaltung der von ihr übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen oder zum Schutz von Menschen, fremden Sachen oder wichtigen Rechtsgütern. Die Nonproliferationsidee kann nur dann effizient ..."

EIDG. JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT



a) Destillations- und Kondensationsanlagen

Nein, denn sie ist konstruiert und hergestellt worden, um festes Uranhexafluorid in den gasförmigen Zustand zu überführen und umgekehrt. Sie kann vernünftigerweise nicht in einem andern Prozess eingesetzt werden. Die Technologie ihrer Konstruktion allmählich ist Allgemeingut.

b) Vakuumentill - Destillations- aus Edelstahl (COBA)

Ja, denn solche Ventile werden in vielen Bereichen der Vakuumtechnik verwendet. Edelstahl als Werkstoff ist aber auch Voraussetzung für den Einsatz im Zusammenhang mit Uranhexafluorid.



Distribuée

Au Conseil Fédéral

Confidentiel

Exportation nucléaire vers le Pakistan (rapport complémentaire)

Suite à notre proposition du 21 octobre 1980, le Conseil fédéral a demandé les informations complémentaires qui font l'objet de ce rapport.

Des propositions de décisions en vue de retenir les exportations de matériels CORA et VAT sont jointes. Elles ont été modifiées selon les instructions du Conseil fédéral du 22 octobre.

1. Könnten die blockierten Gegenstände auch in andern Bereichen als in sensiblen Nuklearanlagen eingesetzt werden?

a) Destillations- und Kondensationsanlage (CORA):

Nein, denn sie ist konstruiert und hergestellt worden, um festes Uranhexafluorid in den gasförmigen Zustand zu überführen und umgekehrt. Sie kann vernünftigerweise nicht in einem andern Prozess eingesetzt werden. Die Technologie ihrer Konstruktion allerdings ist Allgemeingut.

b) Vakuumventil - Bestandteile aus Edelstahl (CORA):

Ja, denn solche Ventile werden in vielen Bereichen der Vakuumtechnik verwendet. Edelstahl als Werkstoff ist aber auch Voraussetzung für den Einsatz im Zusammenhang mit Uranhexafluorid.

c) Pumpen (VAT):

Diese Pumpen (Rütschi) waren ursprünglich für Wasser vorgesehen und nun für die Förderung von verdünnter Salpetersäure und Chlorothene hergerichtet worden. Chlorothene ist ein häufig benütztes Reinigungsmittel für z.B. fettige Metallteile. Salpetersäure kommt auch in Wiederaufarbeitungsanlagen zum Einsatz. Die oben gestellte Frage ist auch hier zu bejahen.

2. Exportations nucléaires vers le Pakistan, en provenance d'autres pays

République fédérale d'Allemagne: Selon une note secrète américaine similaire à celle reçue par la Suisse, une vingtaine de firmes allemandes (dont une filiale de l'entreprise suisse LUWA AG) auraient livré des composants au Pakistan. La RFA a réagi en lançant une enquête pénale dont on ne connaît pas les résultats. On ne sait pas davantage si ce pays a par la même occasion allongé unilatéralement la liste-Zangger.

Pays-Bas: L'ingénieur pakistanais A.Q. Khan, responsable du programme pakistanais (et qui a passé commande à CORA), a travaillé dans l'usine d'enrichissement hollandaise. On ne sait pas exactement quels plans il a pu acquérir. Les autorités hollandaises coopèrent avec les Etats-Unis.

La France a, sous pression américaine, rompu un contrat de livraison d'une installation de retraitement. Elle n'a effectué que quelques travaux de génie civil. Cette usine était couverte par un accord de contrôles et garanties de l'AIEA. Le Pakistan estime que cet accord est sans objet puisque le contrat a été rompu. Le Gouvernement français est inactif. Il est probable que des firmes françaises essayent d'exporter illégalement des composants, comme le montre le cas de la firme suisse Nobatech, qui désire réexporter vers le Pakistan du matériel sensible d'origine française. Cette réexportation est bloquée par l'OFEN, des contacts sont pris avec la France.

USA - UK: Des firmes de ces pays ont été impliquées dans le programme pakistanais. Les gouvernements exercent les pressions sur leurs entreprises pour qu'elles n'exportent aucun matériel technique même non sensible.

3. Les mesures ordonnées sont-elles de nature à engager la responsabilité de la Confédération?

a) Conclusions provisoires

L'examen des différentes bases légales susceptibles de fonder une action en responsabilité contre la Confédération montre que:

- les agents de la Confédération ont, très vraisemblablement, agi licitement en suspendant l'exportation de pièces à destination du Pakistan, en vue de garantir au mieux les engagements internationaux pris par la Suisse, tels qu'ils sont concrétisés notamment par l'ordonnance du 17 mai 1978 sur les définitions et les autorisations dans le domaine de l'énergie atomique (RS 732.11).

- Partant, même si un dommage a pu en résulter, la responsabilité civile de la Confédération n'est pas engagée vis-à-vis des entreprises exportatrices. Une conclusion contraire ne peut être déduite qu'en considérant que les mesures prises n'étaient pas proportionnées aux circonstances concrètes du cas.

b) Motifs à l'appui des conclusions

i) La responsabilité civile de la Confédération ne serait engagée que si deux conditions étaient cumulativement réunies. C'est à la loi du 14 mars 1958 sur la responsabilité de la Confédération, des membres de ses autorités et de ses agents (LRCF; RS 170.32) qu'il appartient de déterminer à quelles conditions la responsabilité civile de la Confédération vis-à-vis de tiers serait engagée.

ii) 1ère condition: Un fonctionnaire fédéral dans l'exercice d'une charge publique doit avoir accompli un acte illicite.

4. Echa Les mesures ordonnées par l'Office fédéral de l'énergie et d'autres agents de la Confédération l'ont été dans le cadre de leurs fonctions. A ce propos l'article 8, 2e alinéa de la loi sur l'énergie atomique (LEA) prévoit que les organes désignés par le Conseil fédéral sont autorisés, dans l'exercice de leur surveillance, à ordonner en tout temps les mesures qui s'imposent pour assurer et garantir en particulier le respect des engagements internationaux de la Suisse.

Un acte en principe licite peut devenir illicite lorsque la mesure prise était manifestement disproportionnée aux circonstances et qu'une autre mesure moins lourde eut permis d'arriver au résultat visé par les normes destinées à assurer nos engagements internationaux (voir notamment l'ordonnance précitée sur les autorisations et les définitions). En l'espèce, bien qu'il s'agisse là d'une question d'interprétation, les agents de la Confédération ont agi de manière proportionnée à la situation.

b) La position  
 iii) 2e condition: L'acte du fonctionnaire doit avoir, de manière adéquate, contribué à causer un dommage à un tiers.

Il faut que selon le cours ordinaire des choses, l'acte du fonctionnaire ait été de nature à engendrer le dommage, c'est à dire un préjudice matériel ou moral. Le dommage peut consister soit en une diminution de la fortune nette du lésé (entstandener Schaden) ou en une non augmentation de celle-ci (entgangener Gewinn). Dans ce dernier cas, le lésé est privé d'un gain qu'il aurait acquis si l'acte du fonctionnaire n'avait pas été commis. Cette dernière condition pourrait être réalisée. Il appartiendra cependant au lésé d'en faire la preuve en introduisant éventuellement une demande de dommages-intérêts auprès du Département fédéral des finances (LCRF, article 20, 2e alinéa), sous réserve d'une action de droit administratif, au sens de l'article 116, lettre k, de la loi fédérale du 16 décembre 1943 sur l'organisation judiciaire (RS 173.110; voir aussi LCRF, article 10).

#### 4. Echange d'information avec les Etats-Unis

##### a) Rappel des faits

Le 20 août 1980 M. Pickering, Secrétaire d'état adjoint, remettait à l'Ambassadeur Probst quittant les Etats-Unis une note d'informations sur le programme nucléaire pakistanais (hors des contrôles AIEA) et les activités de soutien de firmes suisses à ce programme. Lors d'une visite à Washington en octobre, le Secrétaire d'Etat Jolles constatait un vif désir américain d'être informé en détail sur la suite donnée à cette note par la Suisse. Un échange d'information pourrait conduire au déblocage de requêtes suisses en suspens depuis 2 ans dans le domaine "Entsorgung". Il fut décidé par les 3 Départements intéressés que l'Ambassadeur Hegner, accompagné d'un expert de Berne (Favre, OFEN), donnerait les informations utiles.

##### b) La position initiale américaine en bref

Des discussions officielles et surtout officieuses, il ressort qu'une part importante des milieux intéressés à Washington estimaient que la Suisse ne se sentait pas vraiment concernée par les problèmes de non-prolifération. Certains allant même jusqu'à penser que la position légaliste stricte de la Suisse n'était qu'un prétexte pour permettre de bonnes affaires. Ils voyaient confirmation de leur jugement dans le manque de réaction à la note du 20 août, considérée comme très importante en vue d'éviter l'explosion d'une bombe atomique pakistanaise.

##### c) Les grandes lignes des explications données à Washington

On rappela les points principaux de la politique suisse de non-prolifération nucléaire, à savoir:

- i) Le Traité de Non-Prolifération (TNP) constitue la base fondamentale du régime international. En le ratifiant, la Suisse a renoncé aux armes atomiques; elle n'a aucun intérêt à aider d'autres pays à en acquérir.
- ii) La Suisse a contribué de façon constructive à la lutte contre la prolifération. La liste du matériel nucléaire sensible à contrôler porte le nom de "Zangger list". Un élargissement se fondant sur une discussion multilatérale est souhaité par la Suisse depuis de nombreuses années. Cette demande a fait l'objet de démarches répétées.
- iii) L'universalité du TNP ne peut être atteinte que si les activités nucléaires civiles ne sont pas entravées.
- iv) Les réponses techniques données point par point à la note américaine du 20.8.80 ont démontré que les préoccupations américaines n'étaient pas prises à la légère.

#### d) Résultats

Le dossier présenté à un niveau élevé pendant plus de deux heures a fait impression et notre disponibilité pour un dialogue préparant des actions multilatérales a été très appréciée. Trois éléments positifs ont été tout particulièrement relevés:

- i) L'information selon laquelle Sulzer ne prévoit pas de nouvelles livraisons et n'en a pas en suspens.
- ii) Le blocage des exportations à partir de firmes suisses en attendant le résultat de l'enquête en cours.
- iii) L'intégration prévue d'une base légale dans la loi atomique dans le cadre de sa révision totale, qui permettra à la Suisse de satisfaire aux conditions du Club de Londres sur le transfert de technologie nucléaire.

Le malentendu qui s'était glissé entre Washington et Berne peut être provisoirement considéré comme éclairci. On en aura confirmation si les autorisations en suspens concernant la gestion des déchets de Beznau et Mühleberg sont accordées par le Président Carter d'ici la session parlementaire américaine commençant le 12 novembre, s'il n'y a pas de changement à la maison blanche.

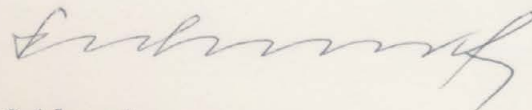
- Stab für Gesamtverkehrsfragen, zum wissenschaftl. Berater, Bes. Kl. Ia;  
 - Jean-Charles Aquarone zum Sektionschef 1. Bes. Kl. I;  
 - Hans-Ulrich Berger zum Sektionschef, 1. Bes. Kl. I;  
 - Peter Suter zum Adjunkt, 2. Bes. Kl. I.

Berne, le 27 octobre 1980

DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS  
 ET COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE

Finanzdepartement. Mitbericht vom 21. Oktober 1980 (Zustimmung)

entgegenwärtig hat der Bundesrat



b e s c h l o s s Schlumpf

1. Herr Anton G e i s e r, Dr. iur., Rechtsanwalt, 1924, von Roggliswil (LU), bisher Abteilungschef, Besoldungsklasse 1 Stufe a, wird in der Funktion als stellvertretender Leiter des Stabes für Gesamtverkehrsfragen zum wissenschaftlichen Berater Besoldungsklasse 1 Stufe a umbenannt. Die Grundbesoldung beträgt unverändert Fr. 83'740.--.
2. Herr Jean-Charles A q u a r o n e, Ing. dipl. EPFL, 1940, von Pully (VD), wird zum Sektionschef 1. Besoldungsklasse im Stab für Gesamtverkehrsfragen befördert. Die neue Grundbesoldung beträgt Fr. 75'390.--.
3. Herr Hans-Ulrich B e r g e r, lic. oec., 1940, von Langnau i.S., wird zum Sektionschef 1. Besoldungsklasse im Stab für Gesamtverkehrsfragen befördert. Die neue Grundbesoldung beträgt Fr. 73'840.--.
4. Herr Peter S u t e r, dipl. Ing.-Techn. HTL, 1939, von Källiken (AG), wird zum Adjunkt 2. Besoldungsklasse befördert. Die neue Grundbesoldung beträgt Fr. 69'540.--.
5. Die Umbenennung und Beförderungen treten mit Wirkung ab 1. Oktober 1980 in Kraft. Dienstort der vorerwähnten Beamten ist Bern.
6. Für die drei beantragten Beförderungsfälle betragen die versicherungstechnischen Einkaufskosten des Bundes für den Einkauf in die Eidg. Versicherungsklasse im Beharrungszustand

- für Hr. Aquarone	Fr. 6'446.--
- für Hr. Berger	Fr. 12'872.--
- für Hr. Suter	Fr. 7'627.--
total	Fr. 26'945.--

Protokollausszug an:

- EVED 10 (GS 3, GVP 7) zum Vollzug mit Wahlurkunden
- EPD 12 (GS 7, EPA 5) zur Kenntnis
- EPF 2 zur Kenntnis
- Fin. Del 2 zur Kenntnis

Für getreuen AUSEUS,  
 der Protokollführer:

